



Gesamtbewertung

Da die Klimawirkung bei den einzelnen Fragen unterschiedlich ist, lässt sich aus dem Gesamtscore der Punkte nur bedingt eine Rangfolge hinsichtlich Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen ableiten. Die qualitative Bewertung bezieht sich auf die Gesamtbewertung der jeweiligen Partei.

Partei	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ	KPÖ+
Punkte	+++++-----	++++++-----	++++++----	++++-----	+++-----	++++++----
Bewertung	<p>Die ÖVP bekennt sich zur Klima+Energiestrategie des Landes mit Klimaneutralität 2050 sowie zum Masterplan 2030 und den dort festgeschriebenen Zielen für den Ausbau der erneuerbaren Energie. Windenergie wird mittlerweile befürwortet. Die thermische Sanierung von Bestandsbauten soll vorangetrieben werden, eine Sanierungsrate wird nicht genannt, auch nicht, wo sonst noch Energie eingespart werden könnte.</p> <p>Im Bereich des Verkehrs wird der Ausbau des Radwegnetzes auf 12.000 km befürwortet, die Klimatickets um 365 Euro sollen</p>	<p>Die SPÖ plädiert für Klimaneutralität bereits 2040, den Ausbau von Fotovoltaik sowie Wind- und Wasserkraft laut Masterplan sowie für eine Sanierungsrate bei Gebäuden von 1,5 Prozent im Bereich Energie. Verfahren sollen beschleunigt werden, eine PV-Pflicht für öffentliche Gebäude eingeführt und die UV-Prüfung bereits vor der Widmung erfolgen. Weitere Energiesparmaßnahmen werden nicht genannt.</p> <p>Im Bereich Verkehr gibt es ein Bekenntnis zum Ausbau der Radinfrastruktur sowie des ÖV. Beim Budgetbedarf wird auf die Expertise des Landes vertraut. Vorgeschlagen werden 9-Euro-Monats- und 108 Euro-Jahrestickets,</p>	<p>Die GRÜNEN sind für Klimaneutralität 2040, sie nennen mit 50.000 Fotovoltaikanlagen und 50 Windräder konkrete Ausbauziele für Erneuerbare Energien und die vorgeschlagene Sanierungsrate von jährlich 5 Prozent ist ambitioniert. Weitere Energiesparmaßnahmen werden auch hier nicht genannt.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radinfrastruktur inklusive Förderung von Gemeinden, der Ausbau des ÖV inklusive S-Link befürwortet. Hinsichtlich Reduzierung des MIV wird auf eine Raumordnung der kurzen Wege und auf Nahversorgung verwiesen. Prinzip: Vermeiden, Verlagern, Verbessern. Vorgeschlagen wird eine</p>	<p>DIE NEOS bekennen sich zur Klima+Energiestrategie des Landes mit Klimaneutralität 2050 sowie zum Masterplan 2030 und den dort festgeschriebenen Zielen für den Ausbau der erneuerbaren Energie sowie der Wärmeende. Auf Bewusstseinsbildung für mehr Energiesparen wird gewiesen.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radwege am Land befürwortet, ein Nulltarif wird ebenso abgelehnt wie der Ausbau der E-Mobilität. Angaben zur Höhe der Ticketförderung durch das Land gibt es nicht. Es soll bessere ÖV-Angebote und</p>	<p>Die FPÖ ist zwar für den Ausbau der Erneuerbaren Energie, hält ein Ziel für Klimaneutralität aber nicht für notwendig. Windenergie wird für Salzburg abgelehnt. Zahlen für den Ausbau der Erneuerbaren sowie zum Energiesparen gibt es nicht.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radwege am Land befürwortet, ein Nulltarif wird ebenso abgelehnt wie der Ausbau der E-Mobilität. Angaben zur Höhe der Ticketförderung durch das Land gibt es nicht. Es soll bessere ÖV-Angebote und</p>	<p>Die KPÖ+ schlägt Klimaneutralität bis 2045 mit Zwischenetappen alle 5 Jahre vor – bisher 10 Jahre. Im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energie wird besonders auf neue Organisationsformen wie Energiegenossenschaften hingewiesen, bei Energieeinsparung auch auf das Potenzial im Verkehrsbereich. Weitere Vorschläge gibt es nicht.</p> <p>Im Bereich Verkehr wird der Ausbau der Radinfrastruktur sowie des ÖV befürwortet und ein Citybike-System für die Stadt gefordert. Der S-Link wird befürwortet gekoppelt mit oberirdischen Maßnahmen. Am weitesten geht der</p>



	<p>weiter gefördert werden, die Reduzierung des Motorisierten Individualverkehrs durch bessere ÖV-Angebote erreicht werden. Gesetzt wird auch auf den S-Link und ein höheres Budget für ÖV und Radinfrastruktur. Der Individualverkehr soll Verbesserungen bei der „letzten Meile“ begrenzt werden. Es geht um eine Verkehrswende, keine umfassende Mobilitätswende. E-Mobilität soll weiter gefördert werden.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird auf den Baustoffholz, die bereits bestehenden hohen Standards sowie die neuen Vorgaben durch EU-Richtlinien und das Erneuerbare Wärme Gesetz verwiesen. Raumordnungsfragen werden nicht thematisiert.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen des Landes wird auf bisherige Erfolge verwiesen, der Ausbau der Personalkapazität nur bei neuen Aufgaben empfohlen, ein Klimarat nicht explizit befürwortet. Die Änderung des Gesellschaftsvertrags der Parkgaragengesellschaft</p>	<p>was einer weiteren starken Vergünstigung entspräche. Der S-Link ist für die SPÖ nicht prioritär, vorgeschlagen werden oberirdische Maßnahmen wie die Stieglbahn. Jedenfalls soll es eine Bürgerbefragung geben. Die E-Mobilitätsförderung wird als Förderung der Reichen kritisch gesehen, zudem würden E-Autos immer günstiger.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird erneut auf thermische Sanierungen und Erneuerbare Energieanlagen verwiesen, die eine Handwerkeroffensive nach dem Vorbild der Aktion 20.000 der Bundes-SPÖ erfordere. Eine soziale Abförderung wird ebenfalls gefordert. Raumordnungsfragen werden nicht thematisiert.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden Potenzialerhebungen aller Unternehmen mit Landesbeteiligung sowie die Förderung des ÖV aus Erträgen der Parkgaragengesellschaft gefordert. Eine Erhöhung der Personalkapazitäten des Landes im Bereich Klima wird befürwortet.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität wird die Begründung von Städten, die</p>	<p>autofreie Innenstadt für die Stadt Salzburg. Die bestehenden Klimaticktes werden als ausreichend angesehen. Das laut Masterplan geplante Jahresbudget für ÖV und Radverkehr soll gemäß Inflationsanpassung ausgeweitet werden. E-Mobilität soll vom Bund weiter gefördert werden, der Ausbau der Ladeinfrastruktur auch vom Land.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird auf die Ziele des Erneuerbare Wärme-Gesetzes des Bundes mit Öl- und Gaskesseltausch bis 2040 verwiesen. Befürwortet werden soziale Abförderungen sowie die Notwendigkeiten einer Qualifizierungsoffensive. Thermische Sanierungen sollen mit dem Tausch alter Heizanlagen verbunden werden. Die Raumordnung wird bei Verkehr erwähnt.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden transparente Treibhausgasbudgets für alle Ressorts sowie ein Klimarat befürwortet. Klimaschutz soll Teilziel bei der Ausschüttung von Gewinnen der Parkgaragengesellschaft sein. Statt einer Erhöhung der Personalkapazitäten im Bereich Klima werden bessere Qualifizierungen vorgeschlagen.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität</p>	<p>Mitnahmemöglichkeiten von Rädern und E-Scootern geben.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird auf das Potenzial von Holz verwiesen, das auch bei Sanierungen eingesetzt werden soll. Fristen für den Austausch von Öl- und Gaskesseln werden abgelehnt.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen wird auf bisher Erreichtes, bei Fernwärme auf Industrieabwärme verwiesen. Eine Erhöhung der Personalkapazitäten für den Klimabereich wird ebenso abgelehnt wie ein Klimarat. Mittel der Parkgaragengesellschaft sollen für die Förderung des ÖV verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität wird eine Anpassung der Waldbewirtschaftung vorgeschlagen. Es gibt aber ein klares Nein zur Europäischen Biodiversitätskonvention und zum Green Deal. Vorgeschlagen</p>	<p>Vorschlag eines Nulltarifs für in Salzburg Wohnende, das Budget soll deutlich ausgeweitet werden, E-Mobilität wird begrenzt befürwortet.</p> <p>Im Bereich Wohnen wird v.a. auf leistbaren Wohnraum gedrängt, was der Zersiedelung entgegenwirken würde. Die zweckentfremdeten Wohnbaumittel sollen für thermische Sanierungen eingesetzt, Maßnahmen sozial abgefedert werden. Verwiesen wird auch auf Mobilitätseffizienz bei der WB-Förderung.</p> <p>Bei den landesinternen Maßnahmen und Unternehmensbeteiligungen werden Anreize für klimaschonende Mobilität für MitarbeiterInnen, eine Erhöhung der Personalkapazitäten sowie verbindliche Maßnahmen für Unternehmen mit Landesbeteiligung gefordert. Ein Klimarat wird befürwortet. Gewinne der Parkgaragengesellschaft sollen für den Wohn-, Energie- und Verkehrs bereich verwendet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität gibt es Vorschläge für mehr heimischen Tourismus, die</p>
--	--	---	---	---	--



	<p>hinsichtlich neuer Mittelnutzungen werde derzeit geprüft. Die Fernwärme soll laut Plan der Salzburg AG ausgeweitet werden.</p> <p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität wird die Fortführung bestehender bewährter Maßnahmen befürwortet. Ein Klimaschwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit wird gutbefunden, die Mittel sollen wie bisher fließen.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeeben erfolgen.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung wird vorsichtig befürwortet.</p> <p>Resümee: Die Antworten stehen für "weiter wie bisher" mit einigen kosmetischen Korrekturen; so wird die erforderliche Systemtransformation nicht gelingen.</p>	<p>Erprobung von Fernkälte, die Anpassung des Wintertourismus sowie der Rückbau von Monokulturen durch geändertes Förderregime vorgeschlagen. Zudem sollen die Biotop-Kartierungen für Tierlebensräume ausgeweitet werden. Der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen verdoppelt werden.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen im Bereich Verkehr und Industrie erfolgen.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung wird vorsichtig befürwortet.</p> <p>Resümee: In den Ansagen - Klimaneutralität bis 2040, ÖV-Ausbau, Biotopkartierung, Verdopplung des Budgets der Entwicklungszusammenarbeit - teils recht fortschrittlich, aber wenig konkrete Aussagen; keine Ansätze Richtung Systemtransformation. Bedeutung des sozialen Ausgleichs.</p>	<p>Hinsichtlich Klimawandelanpassung und Biodiversität fordern die Grünen eine Anpassung der Katastrophenpläne, eine Begründung der Städte, die Anpassung der Wälder und der Landwirtschaft, Managementpläne für Natura-2000-Gebiete, Revitalisierung Wälder, Moore, Auen sowie mehr Bewusstseinsbildung. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen auf 0,7 Prozent des BIP erhöht werden, was knapp einer Verdoppelung entspricht.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeeben erfolgen.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung ist für die Grünen klar.</p> <p>Resümee: Die Ideen gehen in die richtige Richtung, die Wirkung der Vorschläge ist allerdings nicht geeignet, die Klimaziele zu erreichen. Die Antworten deuten eher auf „much more of the same“ und nicht in die Richtung der erforderlichen Transformations schritte auf allen Ebenen.</p>	<p>Biodiversität gibt es allgemeine Bekenntnisse. Die 2019 erfolgte Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wird für ausreichend befunden, ein Klimafokus für sinnvoll erachtet.</p> <p>Die laut Masterplan 2030 verbleibende THG-Einsparlücke soll durch Maßnahmen in allen Bereichen erfolgen. Erwähnt wird nochmals die Qualifizierungsoffensive.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung wird vorsichtig befürwortet.</p> <p>Resümee: Die Antworten legen ein "weiter wie bisher" nahe; keine fortschrittlichen inhaltlichen Ansagen, keine Vision, wie der Klimakatastrophe begegnet werden soll, rechtliche Vorgaben werden nicht forciert, es sei Eigeninitiative der Bürger*innen gefragt.</p>	<p>wird das Prinzip „Schutz durch Nutzung“. Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe vor Ort wird befürwortet, nicht ein Klimafokus.</p> <p>Für das Schließen der THG-Einsparlücke wird keine Notwendigkeit gesehen.</p> <p>Klimaschutz ist keine Koalitionsbedingung.</p> <p>Resümee: Hart am Rande der Leugnung des Klimawandels, jedenfalls keine Priorität für Klimaschutz, Energiewende, Klimawandel-anpassung und Biodiversitätsschutz. Der Weg der FPÖ hieße tatsächlich Abbiegen in Richtung Klimakatastrophe. Nur die Tatsache, dass der Einfluss der Landespolitik auf die Treibhausgasemissionen beschränkt ist, verhindert eine noch schlechtere Bewertung.</p>	<p>Anpassung der Architektur & Stadtplanung an die Erwärmung der Städte, die Schaffung/Vernetzung von Schutzgebieten, Mooren & Auen. Biodiversität & Raumordnung sollen verbunden werden, um dem Flächenfraß entgegenzuwirken. Die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wird befürwortet.</p> <p>Für das Schließen der THG-Einsparlücke wird nochmals auf die Nutzung von leerstehenden Wohnungen verwiesen, weil dies durch weniger Neubau THG spart.</p> <p>Klimaschutz als Koalitionsbedingung ist für die KPÖ+ klar.</p> <p>Resümee: Gute Ansätze, zum Teil aber nicht ausgereifte Antworten und Lösungsansätze. Das Erfordernis der Systemtransformation wird teilweise angesprochen, aber nicht näher argumentiert.</p>
--	--	--	--	--	--	--